

Antrag R: Resolution der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) Baden-Württemberg zur Neuaufstellung der SPD nach der Landtagswahl

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	AfA-Landesvorstand Baden-Württemberg
Status:	angenommen

1 Die SPD Baden-Württemberg hat bei der vergangenen Wahl lediglich 5,5 Prozent der
2 Stimmen erreicht. Dieses Ergebnis ist das schwächste in der Geschichte der
3 Landespartei und zugleich das **schlechteste Ergebnis der SPD bei einer Landtagswahl in**
4 **der Geschichte der Bundesrepublik. Es** bedeutet nahezu eine Halbierung des Ergebnisses
5 der vorherigen Landtagswahl. Fast wäre die SPD außerparlamentarisch.

6 Für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) ist klar: ein „Weiter so!“ darf es nach
7 diesem Ergebnis nicht geben!

8 Die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg haben deutlich gemacht, dass sie die
9 SPD in ihrer derzeitigen Aufstellung nicht ausreichend überzeugen kann. Dieses
10 Ergebnis ist daher ein klarer Auftrag zur umfassenden Erneuerung – strukturell,
11 inhaltlich und personell.

12 Nach Auffassung der AfA ist das Wahlergebnis nicht allein auf Fehler im Wahlkampf der
13 letzten Wochen und Monate zurückzuführen oder einer einzigen Person anzulasten. Aus
14 Funktion folgt Verantwortung. Doch vielmehr spiegelt es langjährige strukturelle
15 Probleme innerhalb der Partei wider und hat besonders in Baden-Württemberg
16 hausgemachte Ursachen. Wichtige inhaltliche Debatten wurden nicht ausreichend
17 geführt, politische Weiterentwicklungen sind ausgeblieben und Landesparteitage haben
18 zunehmend an politischer Schärfe verloren. Für viele Wählerinnen und Wähler, aber
19 auch für zahlreiche Mitglieder, ist heute nicht mehr klar erkennbar, wofür die SPD in
20 Baden-Württemberg steht.

21 Die AfA stellt fest: Die SPD verliert die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht an andere
22 Parteien – sie verliert sie vor allem an ihre eigene politische Unschärfe.

23 Dabei ist dem zentralen Thema der Sozialdemokratie keineswegs an Bedeutung verloren
24 gegangen. Die SPD als Partei der Arbeit wird gebraucht. Soziale Gerechtigkeit bleibt
25 für viele Menschen ein zentrales politisches Anliegen. Das Problem besteht vielmehr
26 darin, dass die SPD diese Themen zwar weiterhin anspricht, sie jedoch immer seltener
27 glaubwürdig verkörpert. Eine Partei, die über Jahrzehnte für gute Löhne, bezahlbare
28 Mieten, sichere Renten, starke Mitbestimmung und einen verlässlichen Sozialstaat
29 gestanden hat, darf nicht den Eindruck erwecken, lediglich eine moderatere Verwaltung
30 sozialer Zumutungen zu sein.

31 Die gesellschaftlichen Krisen der vergangenen Jahre wie die Energiepreiskrise,
32 steigende Mieten und eine hohe Inflation, politische Konflikte und ein wachsender
33 Vertrauensverlust in staatliche Institutionen haben viele Menschen verunsichert. In
34 dieser Situation wurde die SPD massiv abgestraft. Studien und Analysen zeigen
35 deutlich: Vertrauen ist verloren gegangen und die Partei steht vor der doppelten
36 Herausforderung, sich zu erneuern und zugleich politische Verantwortung zu
37 übernehmen.

38 Besonders alarmierend ist, dass die SPD gerade in den gesellschaftlichen Gruppen
39 stark verloren hat, die traditionell zu ihrem Kern gehören. Unter Arbeiterinnen und
40 Arbeitern sowie unter Menschen mit wirtschaftlichen Sorgen wird die SPD nicht mehr
41 selbstverständlich als politische Schutzmacht wahrgenommen. Dort, wo materielle
42 Unsicherheit, Abstiegsängste und das Bedürfnis nach Sicherheit besonders groß sind,
43 hat die SPD an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

44 Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Fragen, sondern auch um Respekt und
45 gesellschaftliche Anerkennung.

46 Studien zeigen, dass sich viele Beschäftigte politisch nicht wahrgenommen fühlen. Nur
47 ein kleiner Teil ist der Meinung, dass Politikerinnen und Politiker ihre Probleme
48 ernst nehmen. Viele berichten von Überlastung, fehlender Wertschätzung und dem
49 Gefühl, dass über sie gesprochen wird, aber nicht mit ihnen.

50 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit ist überzeugt: eine echte Erneuerung kann nur von
51 unten gelingen. Die Erfahrungen, Ideen und Perspektiven der Mitglieder vor Ort müssen
52 stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen und repräsentiert werden. Nur
53 durch offene Debatten, klare arbeits- und sozialpolitische Positionen und eine
54 stärkere Einbindung der Basis kann die SPD wieder Vertrauen gewinnen. Der am Montag
55 vom Landesvorstand vorgeschlagene Weg genügt diesem Anspruch nicht. Für die AfA ist
56 klar: Erneuerung darf nicht nur auf höchster Funktionär*innenebene entschieden
57 werden. Sie muss aus der Mitte der Mitglieder kommen. Deshalb spricht sich die AfA
58 für ein Mitgliedervotum über den nächsten Parteivorsitz aus.

59 Die AfA fordert einen offenen, ehrlichen und umfassenden Erneuerungsprozess, der:

- 60 • die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wieder ins Zentrum stellt,
- 61 • klare sozialdemokratische Positionen zur sozialen Frage formuliert,
- 62 • innerparteiliche Debatten stärkt und politisiert,
- 63 • die Mitglieder stärker beteiligt und die Partei personell breiter aufstellt.

64 Die SPD muss wieder erkennbar, glaubwürdig und kämpferisch für soziale Gerechtigkeit,
65 gute Arbeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten. Die AfA Baden-Württemberg
66 hat den Anspruch sich dafür einzubringen und an der personellen und organisatorischen
67 Neuaufstellung der Partei mitzuwirken.

68 Nur so kann die SPD Baden-Württemberg verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und wieder
69 zur politischen Stimme der arbeitenden Menschen werden.